

# Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich

**Datenanalyse zu Vermögen** Wie ist das Gesamtvermögen hierzulande verteilt? Warum nimmt die Ungleichheit zu? Und wie viel Steuern zahlen die Reichsten? Eine Erklärung.

**Svenson Cornehlis, Yannick Wiget und Mathias Lutz**

Die Schweiz gilt als wohlhabendes Land. Doch ist dieser Wohlstand immer ungleicher verteilt, wie die Juso behauptet? Die Partei will mit ihrer Erbschaftssteuerinitiative, über die wir am 30. November abstimmen, «die Superreichen stoppen und die rasant steigende Ungleichheit bekämpfen». Was ist dran an diesen Aussagen? Hat die Schweiz bei der Vermögensverteilung ein Problem? Tatsächlich besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung über 31 Prozent des gesamten privaten Vermögens in der Schweiz. So die Schätzung für das Jahr 2023. Sie stammt von der World Inequality Database (WID), die mit einem grossen internationalen Netzwerk von Forschenden zusammenarbeitet und Steuerdaten mit weiteren Quellen kombiniert.

Die Berechnungen der WID zeigen, dass in der Schweiz ein überproportional grosser Teil des Gesamtvermögens im obersten Segment konzentriert ist. Auf der anderen Seite der Skala besitzt die ärmere Hälfte der Bevölkerung, zu der auch Teile des Mittelstandes gehören, zusammen nur 3,7 Prozent des Gesamtvermögens – fast zehnmal weniger. Und dieser Wert ist in den letzten Jahren sogar gesunken. Gleichzeitig hat der Anteil der Reichsten stark zugenommen.

Die zunehmende Ungleichheit hat verschiedene Gründe. So wachsen die Einkommen in der Schweiz zwar kontinuierlich, aber langsamer als die Vermögen. Tiefe Zinsen haben die Preise von Immobilien und anderen Anlagen stark steigen lassen. Davon profitieren vor allem jene, die bereits Vermögen besitzen – während einkommensschwächere Haushalte kaum investieren und damit nicht aufholen können.

Auch Aktien haben in den letzten Jahren stark zugelegt. Deren Wertsteigerung muss von Privatpersonen nicht als Gewinn versteuert werden. Ohnehin profitieren Vermögende von den steuerlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz.

### 60 Prozent der 300 Reichsten haben ihr Vermögen geerbt

Eine nationale Erbschaftssteuer, wie sie die Juso jetzt fordern, gibt es nicht. Zwar erheben fast alle Kantone Steuern auf Erbschaften und Schenkungen, aber mit grosszügigen Ausnahmen für enge Verwandte. Kinder und Ehepartner sind praktisch überall befreit. Dabei zeigt eine Studie der Ökonominen Isabel Martínez und Enea Baselgia: 60 Prozent der 300 reichsten Menschen in der Schweiz haben ihr Vermögen geerbt.

Die Besteuerung solcher Erbschaften wurde in den letzten Jahrzehnten massiv gesenkt. Genauso wie die Spitzensätze bei den Vermögens- und Einkommenssteuern. Um im internationalen Steuerwettbewerb zu bestehen, haben die Kantone zudem die Rahmenbedingungen für Unternehmen immer attraktiver gemacht. Das kommt vor allem den Reichen zugute, die an solchen Firmen beteiligt sind.



Kein Durchkommen: Die Juso wollen mit der Erbschaftssteuerinitiative «die Superreichen stoppen». Foto: Reto Oeschger

### Die Vermögenskonzentration ist in der Schweiz vergleichsweise hoch

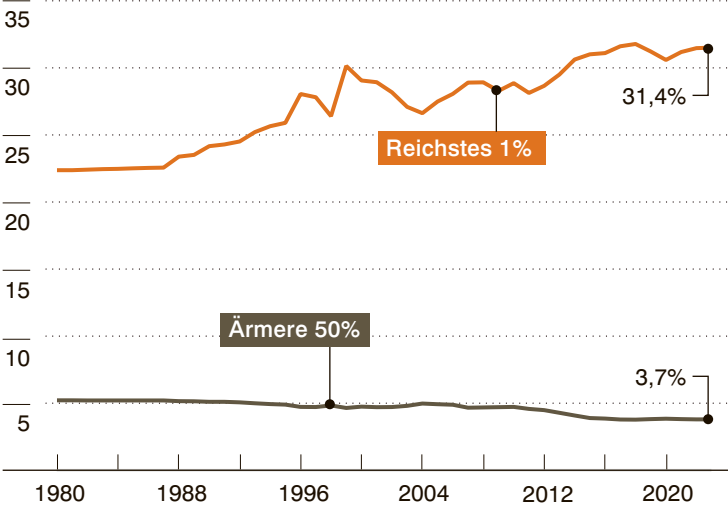
Anteil des reichsten 1% am Gesamtvermögen in ausgewählten Ländern, 2023

Land	Anteil ▼
Türkei	35,1%
USA	34,8%
Ungarn	33,3%
Schweiz	31,4%
Polen	30,2%
Israel	29,0%
Deutschland	27,7%
Frankreich	27,4%
Schweden	27,2%
ø Europa	25,4%
Portugal	25,0%
Bulgarien	24,7%
Japan	24,2%
Spanien	23,8%
Griechenland	23,6%
Norwegen	23,3%
Slowenien	23,2%
Litauen	22,7%
Kroatien	22,5%
Irland	22,4%
Italien	22,1%
Grossbritannien	21,3%
Dänemark	20,5%
Finnland	18,2%
Slowakei	17,2%
Belgien	15,0%
Niederlande	13,9%

Tabelle: Im / Quelle: WID

### Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer

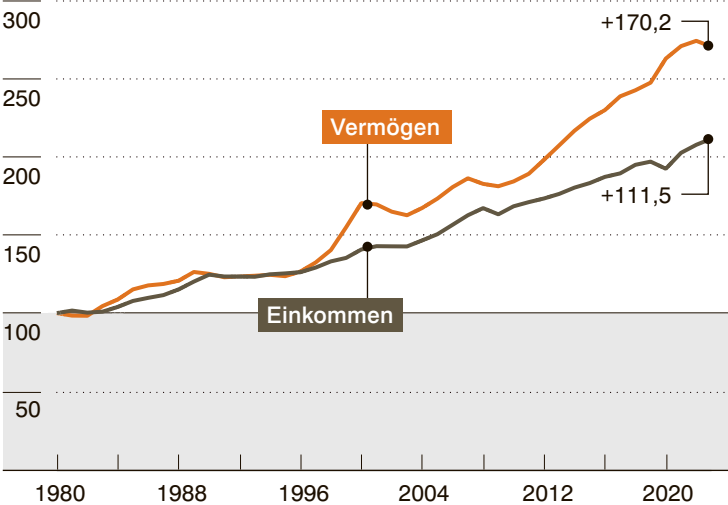
Anteil am Gesamtvermögen der Schweizer Bevölkerung, 1980–2023 in Prozent



Grafik: mt / Quelle: WID

### Die Vermögen wachsen schneller als die Löhne

Entwicklung des Durchschnittsvermögens und -einkommens in der Schweiz, 1980–2023 (Index: 1980 = 100)



Grafik: mt / Quelle: WID

Und es lockt wohlhabende Zuzüger aus dem Ausland an, wodurch sich die Konzentration des Gesamtvermögens an der Spitze weiter akzentuiert.

Gemäss der erwähnten Studie von Martínez und Baselgia sind Ausländer an der Spitze der Vermögensverteilung deutlich überrepräsentiert. Viele sind auch wegen der Pauschalbesteuerung hergezogen, einer Sonderregelung im Schweizer Steuerrecht. Wer dieses Privileg genießt, wird nicht nach dem tatsächlichen (weltweiten) Einkommen und Vermögen besteuert, sondern nur nach den Lebenshaltungskosten in der Schweiz, dem «Aufwand».

### Die Pauschalbesteuerung wird immer wieder kritisiert

Wohlhabende Personen aus dem Ausland profitieren so von einem vergleichsweise tiefen Pauschalbetrag, den sie versteuern müssen. Und für sie fällt auch die komplexe Deklaration aller Einkünfte und Vermögenswerte weg. Diese Ungleichbehandlung reicher Privatpersonen wird immer wieder kritisiert. Die Pauschalbesteuerung weicht vom Prinzip der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ab. Und sie ist einer der Gründe, warum die Vermögenskonzentration in der Schweiz grösser ist als in vielen anderen Ländern.

Das Ausmass der Ungleichheit wird noch offensichtlicher, wenn man sie in absoluten Zahlen betrachtet: Die Hälfte der Bevölkerung hat durchschnittlich gut 25'000 Franken auf der hohen Kante, das reichste Prozent über 21 Millionen – das ist achthundertmal mehr. Der Unterschied ist so gross, dass man auf der Grafik den Balken bei den ärmeren 50 Prozent kaum erkennen kann. Und der Graben geht angesichts der ungleichen Wachstumsraten der Vermögen beider Gruppen immer weiter auf.

Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt also durchschnittlich 20 Millionen Franken. Von einer Annahme der Erbschaftssteuerinitiative betroffen wären aber nur solche, die über 50 Millionen Franken besitzen. Gemäss einer Tamedia-Auswertung wären das rund 2800 Personen, was 0,05 Prozent der Bevölkerung entspricht. Diese sehr kleine Gruppe trägt jedoch einen erheblichen Teil zum Schweizer Staatshaushalt bei. Berechnungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung zeigen, dass sie rund 3 Prozent aller Einkommens- und 27 Prozent aller Vermögenssteuern zahlt.

Würden viele von ihnen ins Ausland flüchten, wie die Gegner der Initiative warnen, müsste die Schweiz mit Steuerausfällen rechnen. Ein Gutachten des Wirtschaftsprofessors Marius Brühlhart zuhanden des Bundes prognostiziert im besten Fall Mehreinnahmen von rund 0,3 Milliarden Franken – und im schlechtesten Fall einen Nettoverlust von 0,7 Milliarden Franken jährlich.

Bei einem Minus müssten entweder staatliche Ausgaben reduziert oder die Steuern für die verbleibenden Personen erhöht werden.